

Deutschland 2030

Beschluss des Deutschlandtages der Jungen Union Deutschland 2018 in Kiel

Unserer Generation geht es in unserem Land momentan so gut wie keiner zuvor. Noch nie hat es eine so lange Periode ununterbrochenen Friedens, Wachstums und Wohlstands gegeben. In vielen Bereichen ist unser Land zum weltweit anerkannten Vorreiter geworden, zum Beispiel in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, wirtschaftlichen Freiheit und sozialen Sicherung. Trotzdem gibt es zentrale Themenfelder, bei denen wir nun die richtigen Weichenstellungen vornehmen müssen, um den kommenden Herausforderungen begegnen zu können und den Wohlstand und die Errungenschaften unserer Eltern und Großeltern für uns und unsere Nachkommen erhalten zu können.

Zukunft Europas

Europa ist eine Erfolgsgeschichte und weitaus mehr als eine reine Wirtschafts- und Zollunion. Ein freies Europa sichert uns – wie bislang keiner anderen Generation zuvor – Frieden, Wohlstand und Sicherheit. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die sich der Verbreitung unserer Grundwerte wie Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Chancengerechtigkeit und Solidarität verschrieben hat. Europa stiftet uns eine gemeinsame Identität.

Trotz gemeinsamer Grundwerte nimmt die Europaskepsis in den Mitgliedsstaaten seit Jahren zu. Europa mobilisiert die Menschen heute nicht mehr in gleichem Maße, wie dies früher der Fall war. Dies liegt zum Teil an dem erfolgreichen Friedensprojekt Europa selbst, da sich die großen existenziellen Fragen, wie die Frage nach „Krieg oder Frieden“, heute glücklicherweise nicht in gleichem Ausmaß stellen.

Deshalb fordern wir:

1. Europa demokratischer und bürgernäher zu gestalten zu gestalten

Das Europäische Parlament soll den Präsidenten der Europäischen Kommission sowie die EU-Kommissare künftig vorschlagen und alleine wählen dürfen. Zudem soll das Europäische Parlament das Recht erhalten, Gesetzesinitiativen selbst einbringen zu dürfen. Das setzt ein vollständig demokratisch legitimes Parlament voraus. Wir fordern daher ein europaweit einheitliches Wahlrecht für die Wahl zum Europäischen Parlament, das die Gleichheit der Wahl

garantieren soll, sodass annähernd gleichviele Einwohner auf einen Abgeordneten kommen. Dies soll dergestalt geschehen, dass jeder Staat zwei Grundabgeordnete bekommt. Im Übrigen soll die Zahl der Abgeordneten sich streng an der Einwohnerzahl orientieren. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass unsere Europaabgeordneten auch in Zukunft eine enge Anbindung an die Bürger ihrer Region haben. Eine solch starke Verwurzelung ist jedoch aus unserer Sicht gefährdet, wenn über die Kandidatenaufstellung nicht mehr vor Ort, sondern in Brüssel oder anderen Hauptstädten entschieden wird. Länderübergreifende Listen lehnen wir daher ab.

Für viele Menschen sind die Entscheidungsabläufe, die konkreten Verantwortlichkeiten, die Auswirkungen der europäischen Beschlüsse und politischen Zusammenhänge in Europa nicht durchschaubar. Wir fordern eine starke Reduzierung der Anzahl der EU-Kommissare.

2. die Grenzen zu schützen und die Polizeien zu vernetzen

Wir bekennen uns zum Schengener Abkommen und den damit verbundenen Freiheiten, die es den Bürgern der EU unter anderem erlauben, frei zu reisen. Offene Grenzen im Innern setzen aber geschützte Grenzen nach Außen voraus. „Deshalb fordern wir den Ausbau von Frontex zu einer echten Europäischen Grenzpolizei, welche die Außengrenzen erfolgreich schützt und so illegale Migration verhindert. Hierzu sollen neben einer Erweiterung der Befugnisse der Agentur auch eine Sollstärke von mindestens 50.000 Grenzschutzbeamten angestrebt werden. Flankierend hierzu soll nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene an Lösungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen gearbeitet werden. Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung der europäischen Polizeibehörden untereinander ein. Europol soll diese Vernetzung koordinieren und zu einer europäischen Polizeibehörde mit EU-weiten Exekutivbefugnissen umgebaut werden. Damit soll grenzüberschreitender Kriminalität und dem Terrorismus das Handwerk gelegt werden.

3. ein vielfältiges Europa auf vereinter Wertebasis

Die Vertiefung und der Ausbau einer Wertebasis muss ein priorisiertes Ziel der EU sein, denn nur dann und wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, können Erweiterungen der Union gelingen. Wir fordern daher den sofortigen Abbruch der Beitrittsgespräche mit der Türkei. Darüber hinaus hält die JU Deutschlands an der Zukunft Europas als Gemeinschaft von Nationalstaaten fest, denn gerade auch darin liegt unsere Kraft. Dem Vereinigten Königreich soll weiterhin das Angebot eröffnet bleiben, einen Brexit wieder rückgängig zu machen. Einen europäischen Bundesstaat lehnen wir ab.

4. einen europäischen Feiertag

Um die europäische Einigung stetig im Bewusstsein der Menschen zu halten, sprechen wir uns für die Einführung eines gesetzlichen europäischen Feiertages aus. Als Anlass dafür schlagen wir den 9. Mai als Tag des Gedenkens an die Schuman-Erklärung vor. Durch dieses gemeinsame Feiern soll das europäische Gemeinschaftsgefühl weiter gestärkt werden.

Der gesetzliche Feiertag ermöglicht eine breite Auseinandersetzung im staatlichen, schulischen und kulturellen Rahmen mit dem europäischen Gedanken zur Stärkung eines europäischen Bewusstseins.

5. weniger Bürokratie bei der Mobilität innerhalb der EU

Der Umzug von EU-Staat zu EU-Staat stellt Bürger vor große Herausforderungen, da nationale Themen wie Wohnsitz, Krankenversicherung, Steuerpflicht, Kindergeldzahlungen, Rentenversicherung und viele weitere zu wenig abgestimmt sind. Dies hinterlässt bei europäischen Bürgern keinen Eindruck eines vereinten Europas. Wir fordern daher als ersten Schritt eine Harmonisierung des Meldewesens. Wir fordern, dass die Europäische Union hier Alltagshürden abbaut und die nationalen Behörden in die Lage versetzt, derartige Angelegenheiten im Sinne der Bürger dienstleistungsorientiert zu lösen.

6. die sozialen Sicherungssysteme den Gegebenheiten europäischer Freizügigkeit anzupassen

Arbeitnehmer- und Personenfreizügigkeit ermöglichen gerade der jungen Generation grenzenloses Reisen und Arbeiten. Zugleich stellen diese Errungenschaften der Europäischen Einigung unsere sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen. Wir wollen verhindern, dass unser hohes soziales Sicherungsniveau und die europäischen Grundfreiheiten gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb sollen substantielle Sozialleistungen erst dann gewährt werden, wenn über drei Jahre hinweg in Deutschland in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt wurde. Das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder wollen wir an die dortigen Lebenshaltungskosten anpassen, für Kinder im nicht EU-Ausland soll es gestrichen werden.

7. die Ablehnung eines Finanzministers und eines Budgets für die Eurozone

Wir lehnen die Forderungen des französischen Staatspräsidenten zur Einführung eines Budgets für die Eurozone sowie die Schaffung der Position eines europäischen Finanzministers ab. Der Mehrwert eines europäischen Finanzministers und eines Eurozonenbudgets ist derzeit nicht erkennbar. Eine dauerhafte Transfer- und Haftungsunion, die über die aktuellen Instrumente hinaus geht, lehnen wir strikt ab. Dennoch fordern wir eine stärkere Absprache der

wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Staaten der Eurozone. Während die Budgethoheit auf Ebene der Einzelstaaten bleiben sollte, ist die europaweite Vereinheitlichung von doppelter Rechnungslegungsstandards erstrebenswert.

Zukunft der äußeren Sicherheit

Das globale Machtgefüge verschiebt sich zunehmend weg von der relativ stabilen Nachkriegsordnung hin zu einem multipolaren Spiel der Kräfte. Im Angesicht selbstbewusst auftretender Autokratien darf sich Deutschland nicht allein auf seine wirtschaftliche Macht verlassen, sondern eine aktivere Rolle in der geopolitischen Außen- und Sicherheitspolitik einnehmen.

Deshalb fordern wir:

1. die transatlantische Freundschaft zu stärken und zu bewahren

Fundament der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die tiefe Einbettung in die westliche Wertegemeinschaft, insbesondere in die Europäische Union und die NATO. Eingedenk der Tatsache, dass in einem demokratischen Rechtsstaat eine Einzelperson nie dauerhaft maßgeblich ist, bleiben die USA der für uns wichtigste Partner außerhalb Europas. Bei allen berechtigten Meinungsunterschieden bekennen wir uns zu einer engen transatlantischen Partnerschaft.

2. Solidarität mit unseren östlichen Partnern

Wir unterstützen den Kurs der Bundesregierung, Sanktionen gegen Russland erst dann zu lockern, wenn Russland zur Achtung elementarer Gewährleistungen des Völkerrechts zurückkehrt. Zudem fordern wir eine stärkere NATO-Präsenz in den Bündnisstaaten Osteuropas, um Russland keine Spielräume für weitere Aggressionen einzuräumen. Hierzu gehört auch die schnelle Umsetzung des sogenannten Military Schengen, wonach die Verlegung militärischen Geräts nicht länger durch Genehmigungserfordernisse einzelner Staaten verzögert wird. Wir fordern daher dessen zügige Umsetzung.

3. das Iran-Abkommen zu überarbeiten

Wir bekennen uns zur Sicherheit Israels als deutscher Staatsräson und fordern weitere Verhandlungen auf Basis des bestehenden Iran-Atomabkommens in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern, deren Gegenstand auch die Entwicklung ballistischer Raketen durch den Iran sein muss. Eine Entspannungspolitik gegenüber dem Iran darf es nur dann geben, wenn das Mullah-Regime seine offene Feindseligkeit gegenüber Israel und seine aggressive Expansi-

onspolitik im Nahen Osten einstellt, die maßgeblich zur Destabilisierung des Nahen Ostens und vermehrten Fluchtbewegungen führt.

4. einen realistischen Umgang mit der Volksrepublik China

Die Erkenntnis, dass einzelne europäische Länder im Umgang mit internationalen Großmächten allein schnell übervorteilt werden können, war einer der wichtigsten Gründungsgedanken der Europäischen Union. Insbesondere im Umgang mit der Volksrepublik China kann und muss die Europäische Union ihre Daseinsberechtigung dauerhaft unter Beweis stellen und selbstbewusst als Gemeinschaft zusammenstehen. Bei aller Bedeutung der Volksrepublik China als wirtschaftlicher Partner dürfen sich die europäischen Staaten nicht wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen gegeneinander ausspielen lassen. Kritische Infrastrukturen und Technologien müssen europaweit vor Einflussnahme durch autokratische Staaten geschützt werden. Wir fordern für diese Bereiche die Einführung eines präventiven Kontrollgremiums für ausländische Direktinvestitionen auf europäischer Ebene. Zudem muss darauf hingewirkt werden, dass sich die Investitionsbedingungen deutscher Unternehmen den Standard angleichen, die chinesische Investoren in Deutschland erfahren. Darüber hinaus muss Europa endlich eine eigenständige Antwort auf internationale chinesische Infrastruktur- und Investitionsprogramme finden. Ein gemeinsames strategisches Vorgehen aller europäischen Länder unter Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte ist dabei unerlässlich. Außerdem ist auf die weitere Öffnung des chinesischen Marktes sowie auf ein Ende der Gängelung der Unternehmen durch die erschwerte Nutzung von "VPN-Tunneln" hinzuwirken. Weiterhin müssen die Regierungen Europas die Einhaltung der Menschenrechte in China einfordern.

5. eine neue militärische Stärke im europäischen Rahmen

Deutschland muss einen angemessenen Beitrag in Höhe von mindestens 2% des BIP gemäß der NATO-Selbstverpflichtung zur Sicherheitsarchitektur von NATO und EU leisten. Wir stellen mit großer Enttäuschung fest, dass die Bundeswehr nach mehr als zwölf Jahren unter Unionsführung weiter denn je von diesem Ziel entfernt ist. Neben der verkündeten Trendwende bei der Materialbeschaffung fordern wir eine Rückbesinnung der Bundeswehr auf ihren ureigenen Auftrag, an dessen erster Stelle die Einsatzfähigkeit und die Fähigkeit zur Landesverteidigung steht. Das schließt auch die Cybersicherheit mit ein. Auch unpopuläre Entscheidungen wie etwa die Beschaffung bewaffneter Drohnen dürfen nicht weiter zulasten der Einsatzfähigkeit und des Schutzes unserer Soldaten aufgeschoben werden. Beschaffungen, Investitionen in die militärisch nutzbare Verkehrsinfrastruktur und der Aufbau von Strukturen und der Aufbau von Strukturen sollten soweit wie möglich im europäischen Rahmen erfolgen. Dabei sind nationale und europäische Unternehmen zu bevorzugen, sofern ihre Produkte vergleichbare Kos-

ten und Leistungsdaten, wie die Produkte aus Drittstaaten aufweisen. Langfristig sollte eine gemeinsame europäische Armee geschaffen werden.

6. Entwicklungszusammenarbeit als Stabilitätsinstrument zu verstehen

Entwicklungszusammenarbeit ist neben militärischem Engagement das zentrale Instrument, um die Nachbarregionen Europas zu stabilisieren und die Ursachen von Migrationsströmen zu bekämpfen. Europa ist von Krisenregionen umgeben, deren Probleme wir nicht ignorieren können. Die EU muss sich als Partner für Entwicklung einbringen und andere Staaten bei dem Erreichen gemeinsamer Ziele, wie bspw. dem Klimaschutz oder der Bewahrung der Meeresressourcen, unterstützen. Wir fordern die ODA-Quote (Official Development Assistance) bei 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu halten und diese auf Dauer gesamteuropäisch weiter auszubauen. Primär muss die Entwicklungszusammenarbeit in Nordafrika, der Sahel-Zone und dem Nahen Osten auf die Schaffung einer wirtschaftlichen Perspektive für zurückkehrende Schutzsuchende, regionale Flüchtlinge und die lokale Bevölkerung abzielen. Die Entwicklungshilfepolitik muss aber auch die übrigen afrikanischen Länder in den Blick nehmen und unterstützen, damit dort bessere Perspektiven für die junge Generation entstehen. Denn nur dann kann verhindert werden, dass viele junge Menschen aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit den Weg nach Nordafrika auf sich nehmen. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Entwicklungshilfeministers Müller zur schrittweisen Abschaffung der tarifären Handelshemmnisse und der Quoten auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus afrikanischen Ländern. Aber auch eine stärkere Kontrolle der Verwendung deutscher Entwicklungshilfegelder durch eine beidseitige Nachweispflicht ist wichtig. Solange nicht mit Sicherheit auszuschließen ist, dass deutsche Hilfgelder für feindselige Aktivitäten gegen Israel missbraucht werden, sind sämtliche Zahlungen insbesondere in die palästinensischen Autonomiegebiete einzustellen. Ferner dürfen dort tätige Hilfsorganisationen nicht mehr mit staatlichen Mitteln unterstützt werden, sofern diese mit terroristischen Organisationen kooperieren.

Zukunft der inneren Sicherheit

Sicherheit und Ordnung sind Grundvoraussetzungen für das gedeihliche Zusammenleben in unserer freiheitlichen Gesellschaft. Ohne Sicherheit kann sich Freiheit nicht entfalten. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft, in Zeiten von ungeordneter Migration, zunehmenden Clan-Strukturen und internationalem Terrorismus, wollen wir als junge Generation einen handlungsfähigen Staat, auf den die Menschen sich verlassen können.

Deshalb fordern wir:

1. Digitale Sicherheit

Wir wollen unseren Rechtsstaat fit für das digitale Zeitalter machen. Neue Kommunikationsformen und Verschlüsselungstechnologien dürfen die Arbeitsfähigkeit unserer Sicherheitsbehörden nicht beeinträchtigen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Polizei und Nachrichtendienste im digitalen Raum dieselben Befugnisse haben wie Offline.

2. eine wehrhafte Demokratie

Extremisten jedweder Art haben in unserer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz außerhalb von Strafanstalten. Wer seine politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen will, muss die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Vereine, Parteien und Organisationen, die mit Extremisten zusammenarbeiten, dürfen keinerlei staatliche Fördermittel erhalten. Im Rahmen einer engmaschigeren Mittelverwendung soll gegebenenfalls die Gemeinnützigkeit entzogen bzw. die Organisation verboten werden.

3. einen handlungsfähigen Rechtsstaat

Nur starke Behörden können Sicherheit, Recht und Ordnung gewährleisten. Ein erfolgreiches Land wie Deutschland darf sich keine überlastete Justiz und keine Überstundenberge bei der Polizei und Justiz erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Einstellungsoffensiven der vergangenen Jahre fortzusetzen und zu verstärken. Insbesondere wollen wir eine Erhöhung der Besoldung. Zudem wollen wir unsere Behörden mit zeitgemäßen Arbeitsmitteln ausstatten, eine adäquatere Unterbringung gewährleisten und die Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten ausreichend erweitern. Die Polizei sollte zusätzlich dadurch entlastet werden, dass mehr Verwaltungsmitarbeiter eingestellt werden, die den bürokratischen Aufwand für die Polizisten vermindern.

4. denen den Rücken zu stärken, die uns beschützen

Wir stehen hinter unseren Soldaten, Polizisten, Ordnungsdiensten und Rettungskräften. Wer sie angreift, greift unsere Gesellschaft an. Pöbeleien und Angriffe gegen Soldaten, Polizisten, Rettungskräfte und andere staatliche Bedienstete müssen mit aller Konsequenz verfolgt und härter als bisher bestraft werden. Kennzeichnungspflichten lehnen wir ab. Als Zeichen gesellschaftlicher Anerkennung sowie zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens im öffentlichen Raum setzen wir uns zudem dafür ein, dass Soldaten in Uniform in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und allen Fernzügen unter den gleichen Bedingungen kostenlos nutzen dürfen, unter denen dies bislang bereits für Polizisten der Fall ist.

5. Ordnung an den Grenzen

Wir wollen, dass durch einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen illegale Migration unterbunden wird. Unzureichender Außengrenzschutz darf nicht zulasten Deutschlands oder weniger Einzelstaaten gehen. Soweit europäische Maßnahmen keinen Erfolg haben, sind Sicherheit und Ordnung durch nationale Maßnahmen zu gewährleisten.

6. Deutschland wirksam zu beschützen

Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat für uns oberste Priorität. Für Terroristen, Gewalt- und Intensivtäter aus anderen Ländern kann in Deutschland auch aus humanitären Gründen kein Raum sein. Ist eine Rückführung ins jeweilige Heimatland nicht möglich, so ist im Wege bilateraler Abkommen die Abschiebung in ein anderes Land sicherzustellen. Vorrangiges Ziel einer Abschiebung ist nicht die Rückkehr ins Heimatland, sondern die Ausreise aus der Europäischen Union. Gleichzeitig muss größtmöglicher diplomatischer Druck auf jene Länder ausgeübt werden, die sich weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen. Dies darf auch das Streichen von Geldern der Entwicklungszusammenarbeit nicht ausschließen.

7. den inneren Frieden zu bewahren

Deutschland darf nicht zum Austragungsort politischer und ethnischer Konflikte fremder Länder werden. Den Missbrauch unserer freiheitlichen Ordnung für derartige Zwecke wollen wir durch Anpassungen des Versammlungsrechts unterbinden. Wahlkampfveranstaltungen ausländischer Politiker aus Nicht-EU-Ländern in Deutschland vor ihren in Deutschland lebenden Landsleuten lehnen wir ab. In diesem Kontext muss das Verbot von weiteren ausländerextremistischen Organisationen geprüft und in die Liste der verfassungsfeindlichen Symbole um entsprechende Erkennungszeichen ergänzt werden. Weiterhin stehen wir nach wie vor für die Abschaffung des Doppelpasses ein. Wir fordern, Vereinen wie der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) sämtliche staatliche Mittel zu streichen.

Zukunft der Rente

Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung ist eines der größten und umfassendsten sozialpolitischen Projekte für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Die großen Herausforderungen liegen in der Zeit nach 2025, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Ziel muss es sein, die Rente bis dahin zukunftssicher zu machen und so zu gestalten, dass sie trotz der größer werdenden Herausforderung durch den demografischen Wandel ge-

nerationengerecht wird und der jungen Generation die Möglichkeit gibt, verlässlich für das Alter vorzusorgen.

Deshalb fordern wir:

1. das Leistungsprinzip der Rente zu erhalten

Effizient vor Altersarmut schützt nur die Grundsicherung im Alter. Eine Grundrente, die für alle gleich hoch ausfällt, zerstört das Leistungsprinzip der Rente. Sie ist unsozial, da sie ein Umverteilungselement schafft, das aus einem Topf finanziert wird, in den nur die Rentenversicherten einzahlen und ein Teil der Bevölkerung nicht.

2. die Kopplung des Renteneintrittsalters an die durchschnittliche Lebenserwartung

Während die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland immer stärker steigt, stagniert das Renteneintrittsalter. Auch die vollständige Umsetzung der Rente mit 67 trägt dieser Entwicklung nicht ausreichend Rechnung. Ein Drittel der durchschnittlich gestiegenen Lebenserwartung sollte deshalb automatisch zu zusätzlicher Arbeitszeit werden. Das gesetzliche Renteneintrittsalter darf im Sinne eines flexiblen Renteneintritts dabei nur noch den Nullpunkt für Zu- und Abschläge bilden, wobei den Belastungen der unterschiedlichen Berufsbilder individuell Rechnung getragen werden muss. Arbeitnehmer, die auch nach Erreichen des Renteneintrittsalters arbeiten möchten, sollen weiterhin arbeiten gehen dürfen. Hierfür müssen Konzepte für das Arbeiten im Alter gemeinsam mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern entwickelt werden.

3. die Stärkung des Drei-Säulen-Modells

Eine individuelle und nachhaltige Altersvorsorge muss immer aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge bestehen. Wir fordern außerdem ein Zulagenmodell, das es auch Geringverdienern und Kleinunternehmern ermöglicht, in betriebliche Altersvorsorge zu investieren. Schließlich fordern wir eine Reform der Sozialabgaben, die auf Beiträge zur privaten Altersvorsorge erhoben werden. Es soll künftig sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer oder Selbständige, die Entgeltumwandlung zur privaten Altersvorsorge nutzen, nicht doppelt belastet werden.

4. eine Versicherungspflicht für Selbstständige

Mehr als zwei Millionen Selbständige, die keine Mitarbeiter beschäftigen, treffen keine oder wenig Vorsorge für das Alter. Damit ist Selbständigkeit ein Hauptrisiko für Altersarmut. Die Versicherungspflicht für Selbstständige muss deshalb spätestens fünf Jahre nach Beginn einer

selbständigen Berufstätigkeit greifen. Die Wahl des Absicherungsmodells ist den Selbständigen zu überlassen.

5. eine transparente, säulenübergreifende Renteninformation

Eine Berechnung der zu erwartenden Einkünfte ist häufig mühevoll und komplex. Wir brauchen deshalb ein System der säulenübergreifenden elektronischen Renteninformation und die verpflichtende Datenlieferung aus jeder Säule, um Klarheit über den Wert der bestehenden Altersvorsorge zu schaffen. Zu einem besseren Verständnis fordern wir darüber hinaus, dass die Renteninformation mit Erlangen der Volljährigkeit sowohl elektronisch als auch schriftlich erhalten wird.

6. die finanzielle Gleichbehandlung von Familien und Kinderlosen

Nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung profitiert jeder Kinderlose vom Generationenvertrag in einer Höhe von durchschnittlich 50.000 Euro nach Berücksichtigung aller heute schon vorhandenen Fördermaßnahmen für Familien (auf die gesamte Lebenszeit gerechnet). Dies zeigt eine besorgniserregende Grundtendenz: Wer Kinder bekommt, zahlt im deutschen Sozialsystem drauf.

Wir fordern die Festschreibung einer finanziellen Gleichbehandlung von Familien und Menschen ohne Kinder in der Gesamtheit der Steuer- und Sozialversicherungssysteme als übergeordnetes politisches Ziel der entsprechenden Systeme in den jeweiligen Gesetzen.

Durch ein Bündel von Maßnahmen soll innerhalb eines mehrjährigen Übergangszeitraums die finanzielle Gleichstellung von Familien und Menschen ohne Kinder sichergestellt werden.

Zukunft der Pflege

Bereits heute können wir in Deutschland von einem bestehenden Pflegenotstand sprechen. Wer derzeit nach pflegerischer Unterstützung für seine Angehörigen sucht, sei es ambulant oder stationär, kann in der Regel nicht mehr nach Qualitätsgesichtspunkten aussuchen. Man kann sich glücklich schätzen, wenn man überhaupt einen Anbieter findet. Im pflegerischen Bereich besteht aufgrund des Mangels an Pflegepersonal kein Nachfrage-, sondern ein Angebotsmarkt. Wir müssen jetzt endlich die Weichen dafür stellen, damit sich diese Situation in Zukunft nicht weiter zuspitzt.

Deshalb fordern wir:

1. die duale Pflegeausbildung zu stärken

Das deutsche Ausbildungssystem genießt weltweit eine hohe Anerkennung und umfasst höchste Standards. Auch die duale Ausbildung zur Pflegefachkraft sichert eine qualitativ hochwertige Berufsvorbereitung mit einem angesehenen Abschluss. Aus diesem Grund fordern wir die Beibehaltung dieses Ausbildungsganges. Eine ausschließliche Akademisierung des Berufsbildes ist und sollte auch in Zukunft nicht das Ziel sein. Vielmehr müssen berufsbegleitende Studiengänge für das Pflegepersonal ausgebaut und aktiv beworben werden. Das Angebot an Studiengängen ist bisweilen stark begrenzt und wird in großen Teil von privaten Trägern organisiert. Die Länder sollen zukünftig vermehrt in die akademische Weiterbildung von Pflegekräften investieren.

2. den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten

Wir begrüßen die Anstrengungen des Gesundheitsministers, den Beruf der Pflege durch eine Aufstockung des Personals und bessere Honorierung attraktiver zu gestalten. Daneben fördert auch ein breites Weiterbildungsangebot und die Teilnahmemöglichkeit an Supervisionen oder Coping-Trainings zur Bewältigung des stressigen Alltags die Attraktivität des Pflegeberufs. Daher sollten solche Weiterbildungen und Trainingsmaßnahmen als verpflichtender Bestandteil der neuen Rahmenlehrpläne in der Ausbildung verankert und im weiteren Berufsleben immer wieder verpflichtend angeboten werden. Eine weitere Möglichkeit das Ergreifen des Pflegeberufs attraktiver zu gestalten, stellen flexiblere Arbeitszeiten dar, wie zum Beispiel das 7/7- Arbeitszeitenmodell, welches in einer stationären Pflegeeinrichtung in Berlin pilotiert wurde.

3. die Qualität ausländischer Pflegekräfte zu prüfen

Zur Sicherstellung des Personalbedarfs in der Pflege sind wir in Deutschland auch auf ausländische Pflegekräfte angewiesen. Es muss oberste Priorität haben, dass dieses Personal gerade im häuslichen Bereich legale Anstellungen erhält. Auch kurzfristige Pflegeeinsätze müssen deutschen Qualitätsstandards folgen und dabei gleichzeitig einen geregelten Arbeitsschutz für das Pflegepersonal bieten. Um den Arbeitsmarkt im Bereich der Pflege auch für (nicht-) europäische Arbeitskräfte zu öffnen, aber zugleich einen ausreichenden Mindest- und Qualitätsstandard festzusetzen, muss das Sprachniveau von B1 auf B2 nach 2 Jahren erreicht werden. Dafür soll der Bund entsprechende Angebote speziell für Pflegekräfte schaffen. Dementsprechend müssen - auch für schon in Deutschland arbeitende Pflegekräfte - Sprachweiterbildungsmöglichkeiten auf demselben Niveau gewährleistet werden. Darüber hinaus sollte an der bisherigen Gesetzgebung festgehalten werden, die vorsieht, dass eine einschlägige und mindestens dreijährige Berufserfahrung vorgewiesen werden muss. Gleichzeitig gilt es, Anerken-

nungsverfahren für Ausbildungen und Studiengänge, die nicht innerhalb der Europäischen Union absolviert wurden, zu beschleunigen und zu entbürokratisieren.

4. bundesweite Pflegekammern

Eine aufrichtige Anerkennung und Wertschätzung der Pflegekräfte drücken sich nicht nur durch eine bessere Finanzierung und den Ausbau der Kapazitäten in der Pflege aus. Pflegekräfte müssen im gesellschaftlichen Leben wie auch im politischen Prozess vermehrt gehört und wahrgenommen werden. Kammern übernehmen zudem eine Schlüsselposition, wenn es um die Gewährleistung von Qualität in der Pflege geht. Deshalb sollen die Kammern Evaluationsprogramme für Pflegefachschulen entwickeln und somit die Qualität der Lehre und Aktualität der Curricula regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls in Kooperation mit den Schulen überarbeiten.

5. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Pflege

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschränkt sich in der öffentlichen Debatte meist auf die Betreuung von Kindern. Die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger ist aber ein ebenso wichtiges Bedürfnis vieler Menschen und kann zum Teil auch schon uns als junge Generation treffen. Im Gegensatz zur Elternschaft ist die Pflege von Angehörigen jedoch oftmals nicht planbar und stellt viele Familien in kürzester Zeit vor große Herausforderungen. Ausgehend von unserem christlich geprägten Familienbild unterstützen wir ausdrücklich die Entscheidung vieler Familien, ihre Angehörigen selbst pflegen zu wollen. Unternehmen müssen verstärkt ermuntert werden, ihren Mitarbeitern eine temporäre Arbeitszeitreduzierung im Rahmen der Familienpflegezeit sowie eine Arbeitsfreistellung zur Pflege von Angehörigen anzubieten. Flexible Arbeitszeiten erleichtern es zudem betroffenen Beschäftigten, ihre berufliche Arbeit mit den eher unflexiblen Pflegeaufgaben zu vereinbaren. Die Junge Union unterstützt den flächendeckenden Ausbau von Tagespflegeeinrichtungen. Da die Pflege eines Angehörigen physisch wie psychisch eine große Belastung sein kann, sollten Entlastungsmöglichkeiten für die pflegenden Angehörigen gefördert und ausgebaut werden.

Zukunft der Digitalisierung

Der digitale Wandel hat in den vergangenen Jahren immer stärker und weiter Einzug in alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens gehalten. Diese digitale Evolution bietet große Chancen und Potential in allen Bereichen, wenn die Entwicklung im Interesse der Gesellschaft

gestaltet, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt und ein Handlungsrahmen gesetzlich abgesteckt wird.

Deshalb fordern wir:

1. den flächendeckenden Ausbau der Glasfasernetze

Für die im Wettbewerb agierenden, ausbauenden Unternehmen müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden: Die Verlegung von Leitungen auch in niedrigen Tiefen (Micro-Trenching) muss möglich sein, um kostengünstiger und somit rentabel zu bauen. Es braucht regulatorischen Open-Access auf alle Leitungen, um einen ökonomisch unsinnigen Über- bzw. Parallelbau auszuschließen. Wo weiße Flecken bestehen bleiben, ist seitens des Bundes und der Länder geförderter Ausbau gefordert. Das bisherige Breitbandförderprogramm muss dafür kurzfristig weiterentwickelt werden zu einem ambitionierten und entbürokratisierten Investitionsprogramm. Gefördert werden soll alleinig der nachhaltige Glasfaserausbau bis zum Endabnehmer (Fiber to the Home bzw. Fiber to the Building). Die auf dem alten Kupferkabel basierende Vectoring-Technologie kann zwar für einzelne Unternehmen eine Übergangslösung sein, ist aber volkswirtschaftlich nicht förderwürdig. Ziel ist eine flächendeckende Gigabit-Infrastruktur – in Stadt und Land. Dabei soll darauf hingewirkt werden, dass Tiefbaumaßnahmen im Straßenbau mit Maßnahmen der Telekommunikationsunternehmen gleichzeitig durchgeführt werden, um Synergieeffekte zu generieren. Neben der technischen Umsetzung ist es unabdingbar auch im rechtlichen Sinn den Breitbandinternetzugang als Grundversorgung besser festzuschreiben. Dementsprechend muss auch das Telekommunikationsgesetz in § 78 Absatz 2 Punkt 1 so geändert werden, dass ein konkreter Anspruch herauszulesen ist.

2. den effizienzorientierten Verkauf der Frequenzen für den Betrieb für 5G-Netze

Wir fordern, dass Lizenzen für den Betrieb von 5G-Netzen nicht nach dem Prinzip der Einnahmenmaximierung, sondern nach den ambitioniertesten Ausbauverpflichtungen vergeben werden. Der 5G-Standard muss durch die ausgewählten Betreiber in den nächsten drei Jahren flächendeckend eingeführt werden. Die Einführung von 5G ist Voraussetzung für das Umsetzen innovativer Technologien wie dem autonomen Fahren und damit Grundlage für die Entwicklung des Industriestandortes Deutschland. Die bei der Vergabe erzielten Erlöse sollen darüber hinaus zweckgebunden von den Ländern als Mittel zum Glasfaserausbau abgerufen werden können.

3. die deutschlandweite Einrichtung von digitaler Infrastruktur an Schulen und Berufsschulen

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einen Digitalpakt angekündigt, der allen Schulen in Deutschland in Aussicht stellt, die erforderliche digitale Infrastruktur für digitales Lernen einzurichten: vom gigabitfähigen Breitbandanschluss, über eine flächendeckende WLAN-Infrastruktur bis zur smarten Tafel. Dafür sollen im Bundeshaushalt 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung dieses Vorhabens und eine möglichst vorfristige Erreichung. Dafür sind wir bereit, diesen Betrag noch zu erhöhen.

4. die Integration digitaler Medien in den Schulalltag

Schule muss sich zu einem Ort entwickeln, an dem jedes Kind in jedem Fach lernt, mit den vielfältigen Potenzialen der digitalen Revolution umzugehen und sich so auf eine veränderte Arbeitswelt vorzubereiten. Deshalb muss das Bildungssystem modernisiert werden, mit neuen Lehrplänen, die Digitalisierung und den Umgang mit Digitalem berücksichtigen, geschulten Lehrern und ausreichend digitaler Infrastruktur. Grundlagen der Digitalisierung, wie das Verständnis für Algorithmen, Coding und grundlegende Datenanalysen müssen verpflichtend in den Lehrplänen abgebildet werden. Zudem sollten Schüler die Grundlagen im Umgang mit Sozialen Medien und Sicherheit im Netz erlernen

5. die grundsätzliche Beibehaltung der Netzneutralität

Die Netzneutralität ist ein Grundstein des freien und fairen Wettbewerbs im Internet. Gerade in Zeiten, in denen die zu übertragenden Datenmengen exponentiell wachsen, ist es wichtig die Gleichbehandlung aller Dienstleister zu wahren. Die Netzneutralität setzt in diesem Zusammenhang auch Anreize für das Entwickeln innovativer Übertragungstechnologien. Lediglich kritische Dienste von öffentlichem Interesse, wie Telemedizin und Sicherheitskommunikation, sollten in engem Rahmen Vorzug erhalten.

6. die Stärkung von Militär, Polizei und Justiz für die Abwehr und Verfolgung von Kriminalität im und aus dem Netz

Das Internet setzt seine Nutzer und deren Daten vielfältigen Bedrohungen aus: Identitäts- und Datendiebstahl, Cyber-Mobbing und das systematische Verbreiten von Falschinformationen sind nur einige davon. Die meisten sind bereits heute strafbar. Doch nicht immer ist klar, wie ein Gesetzesverstoß geahndet werden kann. Sei es, weil es Unklarheiten bei den Zuständigkeiten oder in der Rechtslage gibt, oder weil Risiken, wie die des Identitätsdiebstahls, von Behör-

den Mitarbeitern nach wie vor systematisch unterschätzt werden. Wir fordern deshalb eine weitere Aufrüstung der Strafverfolgungsbehörden und Verteidigungseinrichtungen und dauerhafte Fortbildung der Mitarbeiter. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, diese Mitarbeiter auch gut zu bezahlen, um gegenüber der Konkurrenz des freien Markts bestehen zu können. Eine enge Kooperation mit Privatunternehmen, die eine hohe Kompetenz im Kampf gegen Cyber-Kriminalität aufweisen, kann hilfreich sein

7. die Zuständigkeit der Behörden für die Verfolgung von Straftaten im Netz

Aus diesem Grund lehnen wir die im Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) festgeschriebenen Bestimmungen ab, die einen Teil der Verantwortung für den Umgang mit rechtswidrigen Inhalten an Plattformbetreiber wie Facebook abtreten. Stattdessen müssen Verleumdungen und Hetze von den zuständigen Behörden verfolgt und geahndet werden. Nicht Unternehmen, sondern Gerichte müssen über die Rechtswidrigkeit von Inhalten entscheiden und Anbieter die Entscheidungen entsprechend unverzüglich umsetzen. Dabei dürfen sich Plattformbetreiber nicht ihrer letztlich auch finanziellen und personellen Verantwortung, die Verbreitung rechtswidriger Inhalte und bewusster Falschinformationen effektiv zu verhindern, entziehen. Es muss verhindert werden, dass es zu einer hohen Quote an „Verdachtslöschungen“ kommt. Es gilt, die Justiz personell und materiell so auszustatten, dass sie diesen Aufgaben im vollen Umfang nachkommen kann.

8. Vereinfachte Durchsetzung von Markenrechten bei Top-Level Domains

In der heutigen Zeit ist ein Internetauftritt besonders wichtig, um sein Produkt zu bewerben oder zu verkaufen. Hier sollte es möglich sein, dass widerrechtlich registrierte Top-Level-Domains, im Besonderen mit der Endung „.de“, leichter an den Markeninhaber übertragen werden kann.

9. die KI-Forschung auszubauen

Wir wollen die Forschung zu Künstlicher Intelligenz weiter ausbauen. Bereits heute stammen über 50 Prozent aller weltweiten Patente zu Künstlicher Intelligenz aus Deutschland. Deutschland muss im internationalen Wettbewerb aber weiter Vorreiter sein. So schafft Künstliche Intelligenz Arbeitsplätze in Deutschland und kann, richtig eingesetzt, das Arbeitsleben erleichtern.

Zukunft der Arbeit

Die Umbrüche in der Arbeitswelt haben viele Facetten. Junge Arbeitnehmer setzen neue Schwerpunkte in der Gestaltung ihres Lebens. Im Fokus der Arbeitsgestaltung liegen: Work-Life-Balance und Selbstbestimmung und damit auch Eigenverantwortung für die Gestaltung des eigenen Arbeitsumfeldes. Diese Entwicklung wird durch den digitalen Umbruch zusätzlich befeuert.

Deshalb fordern wir:

1. das Arbeitszeitgesetz muss flexibler gestaltet und Home-Office sowie mobiles Arbeiten gestärkt werden

Durch gesetzliche Ruhezeitvorgaben von elf Stunden am Stück ist eine eigene Aufteilung des Arbeitstages bislang unmöglich. Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben, ihre Ruhephasen selbst einzuteilen. Dafür müssen Ausnahmen eröffnet werden. Die Ruhezeit sollte sich beispielsweise auf zwei Blöcke aufteilen lassen können. Außerdem sollte, sofern dem keine wesentlichen betrieblichen Einschränkungen widersprechen, die Möglichkeit für ein Wochenarbeitszeitkonto anstelle einer Tagesarbeitshöchstzeit gesetzlich eingeführt werden. Wir animieren Unternehmen, ihren Beschäftigten die Arbeit aus dem Home-Office sowie mobiles Arbeiten gestärkt werden, ggf. im Rahmen von Vertrauensarbeitszeit. Durch mehr Zeit- und Ortssouveränität können Familie und Beruf besser vereinbart werden. Voraussetzung dafür ist eine ausgebaute digitale Infrastruktur. Die technischen Voraussetzungen dafür in Form einer gut ausgebauten digitalen Infrastruktur müssen geschaffen werden.

2. regelmäßige Weiterbildung statt bedingungslosem Grundeinkommen

Die Erstausbildung wird nur noch in wenigen Fällen ausreichen, um einen Beruf lebenslang auszuüben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf Umbrüche in der Erwerbsbiographie lehnen wir allerdings ab. Das christliche Menschenbild bedeutet für uns die Befähigung und Verantwortung des Einzelnen. Erst bei Bedarf greift die Solidargemeinschaft unterstützend ein. Unsere Antwort lautet: Arbeitnehmer müssen sich mit fortschreitender Digitalisierung und Entwicklung immer wieder weiterentwickeln. Deshalb sind staatlich unterstützte Weiterbildungen und lebenslanges Lernen zwingend notwendig. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Organisation von betrieblicher Weiterbildung jedoch noch immer eine große Herausforderung dar. Wir fordern deshalb, dass es eben diesen Unternehmen durch eine verbesserte steuerliche Absetzbarkeit und gegebenenfalls sogar durch staatliche Kofinanzierung erleichtert wird, ihren Beschäftigten hochwertige und umfangreiche Weiterbildungsangebote zu machen.

3. bundesweite Gründerstipendien einzurichten und den Zugang zu Wagniskapital zu erleichtern

Wissen ist die Ressource der Gegenwart und der Zukunft. Wir wollen Innovation und Mut und deshalb neue Geschäftsideen fördern. Wir fordern deshalb nach nordrhein-westfälischem Vorbild staatliche Gründerstipendien, die junge Unternehmer in der Pre-Seed oder Seed Phase ein Jahr lang mit monatlich 1000 € unterstützen. Außerdem soll der Staat unterstützen, ein Klima zu schaffen, das Anreize für Investitionen von Wagniskapital-Fonds und Business Angels schafft, insbesondere in der Anschlussfinanzierung. Dazu sollen Gewinne, die bei der Veräußerung von Wagniskapitalbeteiligungen anfallen, von der Steuer befreit werden, sofern diese kurzfristig erneut in Wagniskapitalbeteiligungen investiert werden.